

**Entschädigung der Sicherheitsholzerei entlang von Kantons- und Bezirksstrassen**

Die Schwyzer Kantons- und Bezirksstrassen sind vielerorts von Bäumen und Sträuchern gesäumt. Naturgemäss wachsen die Bäume und Sträucher und werden grösser, bis irgendwann ein pflegerischer Eingriff zum Stücken oder Schneiden der Pflanzen notwendig wird. Gründe dafür können mangelnde Sicht, wie aber auch Gefahr durch herabfallende Äste oder das Umkippen vom ganzen Baum sein. Je nach Holzart sind die Gefahren für die Strassenbenutzer verschieden.

Nun haben die Strassenbenutzer heutzutage höchste Ansprüche bezüglich Sicherheit und verlangen eine maximale Elimination von allfälligen Gefahren, die von Seite Wald auf die Strasse wirken können. Auf der anderen Seite wirft die Nutzung vom Wald trotz dem aktuellen Öko- und CO<sup>2</sup>-Trend kaum Rendite ab. Diese Problematik führt zu folgender Situation:

- Es gibt für den Eigentümer keine Bewirtschaftungspflicht. Nach Art. 20 Abs. 5 des Bundesgesetzes über den Wald haben die Kantone eine minimale Waldpflege im Schutzwald sicherzustellen.
- § 11 des kantonalen Waldgesetzes delegiert diese minimale Unterhaltspflicht an die Waldeigentümer. Für diese Aufwände erhält der Waldeigentümer kostendeckende Beiträge, sofern diese Arbeiten den Waldzustand verbessern. Das Amt für Wald und Natur kann gegebenenfalls Ersatzvornahmen verfügen.
- Im kantonalen Strassengesetz unter § 38 wird der Strassennahbereich geregelt. Unter diesen Paragraphen wird die Handhabung bezüglich in die Strasse hinwachsende Bäume und Sträucher geregelt. Das Vorgehen beim Wald kann aber nicht unter diesen Paragraphen subsumiert werden.

In der Praxis führen diese Regelungen zur folgenden Diskrepanz:

1. Handelt es sich beim zur Strasse angrenzenden Wald um Schutzwald, ist aufgrund vom „öffentlichen Interesse“ auch die „öffentliche Hand“ für die komplette Finanzierung der anfallenden Kosten von der Holzerei bis zur Strassensperrung finanziell in der Pflicht (RRB Nr. 702/2010).
2. Handelt es sich beim angrenzenden Wald um Nichtschutzwald (Nutzwald) ist nach aktueller Gesetzeslage kein öffentliches Interesse mehr gegeben und alle Kosten (angefangen von der Holzerei über die Abräumung bis zur Strassensperrung) muss der Waldeigentümer bezahlen. Nur schon die Strassensperrung kann schnell über Fr. 10 000.– betragen. Diese Praxis entspricht weder dem Nutzniesser- noch dem Verursacherprinzip und auch bezüglich der Gleichbehandlung können Fragezeichen gesetzt werden.
3. Handelt es sich bei den Bäumen und Hölzern entlang der Strasse um keinen definierten Wald, fallen alle Kosten für den Unterhalt der Pflanzen, wie auch der Sperrung der Strasse, dem angrenzenden Eigentümer der Strasse zu. Dieser Fall betrifft gewöhnlich Privatgrundstücke an der Strasse.

Nach Meinung der Motionäre müssten zumindest Fall 1 und 2 bezüglich der Finanzierung gleich gehandhabt werden. Ein Waldeigentümer ist aufgrund des eidgenössischen Waldgesetzes einerseits gezwungen, Bäume und Sträucher in Waldgebieten wachsen zu lassen. Andererseits muss er aus Sicherheitsgründen für die Strassenbenutzer die Bäume

und Sträucher entlang der Strasse pflegen, obwohl die Strasse sowohl den Nutzen wie auch eine Gefährdung für deren Benutzer verursacht. Der Waldeigentümer muss diese Gefahren aktuell entgegen dem Verursacher- und Nutzungsprinzip auf seine Kosten beheben. Dieser Missstand muss geändert werden, denn der Wald ist genau wie eine Felswand kein Werk. Eine Subsumierung der Gefahren vom Wald als Teil der Natur unter Art. 41 OR, Werkeigentümerhaftung, ist folglich sachfremd und nicht zulässig. Im Gegenteil ist die Strasse das Werk, wie jedermann erkennen kann. Der Eigentümer der Strasse ist folglich verantwortlich für sein Werk und die daraus entstehenden Gefahren für deren Benutzer. Wer in den Wald, unter eine Felswand oder ins Einzugsgebiet von einem Wildbach baut, geht bewusst Gefahren ein und muss diese in der Konsequenz als Eigentümer vom Werk weitestgehend entschärfen.

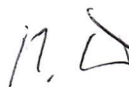
Wir verlangen deshalb die Anpassung der entsprechenden Paragraphen in der Strassen- und Waldgesetzgebung. Die zentrale Forderung dieser Gesetzesanpassung soll - wie eingangs beschrieben - bewirken, dass die Strassenkasse die Defizite aus der Holzerei entlang des Kantons- und kommunalen Strassennetzes, welche zur Sicherheit der Strassenbenützer ausgeführt werden muss, übernimmt. Inkludiert in die Abgeltung soll auch die dazu nötige Verkehrsregelung sein. Aus fachlichen und organisatorischen Gründen soll diese Aufgabe beim Amt für Wald und Natur konzentriert werden. Ziel muss sein, dass ein Forstunternehmen nur einen Ansprechpartner beim Staat hat, um nicht eine unnötige Zuständigkeitsproblematik (verbunden mit Bürokratie) zu verursachen.

Wir danken dem Regierungsrat für die Ausarbeitung einer passenden Vorlage zur Änderung der betroffenen Gesetze.

Die Motionäre



KR Max Helbling, Steinerberg



KR Michael Reichmuth, Oberarth